

## LINKSFRAKTION vor Ort.

Das Info-Mobil der Bundestagsfraktion der LINKEN tourt am Montag, 20.04. durch Halle.

Mit an Bord ist unsere Bundestagsabgeordnete Petra Sitte.

Geplante Standorte u.a. Halle-Neustadt, Passage, 10-12 Uhr, Marktplatz Halle 13-15 Uhr.

# Linkes Blatt

**DIE LINKE.**

7. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

7. April 2009

## Gemeinsam werden wir es schaffen

### Dr. Petra Sitte ist Wahlkreisbewerberin unserer Partei

(sk) Unsere Bewerberin für den Bundestagswahlkreis 73 zu bestimmen, war die Aufgabe der 75 Delegierten, die sich am 31. März 2009 in der Händelhalle versammelt hatten.

Durch einen Neuzuschnitt des Wahlgebietes wurde der Wahlkreis 73, zu welchem bislang nur die Stadt Halle (Saale) gehörte, vergrößert. Zu ihm gehören nun auch die Gemeinden Morl, Götchetal, Krosigk, Petersberg, Kütten, Ostrau, Brachstedt, Niemberg, Oppin, Schwerz, Braschwitz, Peißen, Landsberg, Hohenthurm und Kabelsketal des Saalekreises.

Die Vorstände der LINKEN in Halle und im Saalekreis hatten bereits im Vorfeld den Delegierten Dr. Petra Sitte als Kandidatin vorgeschlagen. Petra Sitte vertritt unsere Partei seit 2005 im Deutschen Bundestag, sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik. Zuvor war sie von 1990 bis 2005 Mitglied des Landtages und bis 2004 dort Vorsitzende der PDS-Fraktion. Seit 2005 ist Dr. Petra Sitte auch Mit-

glied des Stadtrates von Halle. Bereits 2005 trat sie im damaligen Wahlkreis Halle an undzielte mit 37.607 Stimmen (27,4%) das zweitbeste Wahlergebnis. Es gab keine weiteren Bewerber.

In ihrer mit viel Beifall aufgenommenen Vorstellungsrrede ging Petra Sitte auf ihre bisherige Arbeit im Bundestag und ihre Ziele für die kommende Legislaturperiode ein, insbesondere aber setzte sie sich mit der Politik der Bundesregierung auseinander. Zu deren Agieren in der derzeitigen Wirtschaftskrise führte Petra Sitte aus: „Die Antwort der Bundesregierung besteht in Bürgschaften und Kapitalspritzen für marode Banken in Milliardenhöhe, in viel zu kleindimensionierten Ausgabeprogrammen und - wie schon erwähnt, in Steuererleichterungen, die vor allem Besserverdienenden zu Gute kommen. Die Krönung des Ganzen ist dann, dass die Koalition nach Überweisung der Steuermilliarden an die Banken keinerlei Gegenleistung verlangt hat.

Die Mehrheit der Menschen hat

nix davon, wird aber in Zukunft die Kosten durch eine Erhöhung der Massensteuern und durch Kürzungen bei Sozialleistungen aufbringen



müssen.

Das wollten und wollen wir so nicht stehen lassen.

Es gibt Alternativen.

Deshalb haben wir, hat DIE LINKE, ein sozial gerechteres Antikrisenprogramm vorgeschlagen. Dieses konzentriert sich vor allem auf die Stärkung der Rechte von Beschäftigten, die Sicherung von Arbeitsplätzen und von Einkommen.

Die Regierung nennt ihr Programm „Schutzschirm für Banken“.

Wir nennen unser Programm „Schutzschirm für Menschen“.

weiter auf Seite -3-

## Aus der letzten Stadtratssitzung vom 25.03.2009

Als erstes: Dieter Schika ist nun Stadtrat!

Dieter wurde noch für die verbleibende Amtszeit als „Nachrücker“ für Franziska Godau vom Stadtrat bestätigt. Herzlich willkommen! Ganz neu ist Dieter ja nicht in unseren Reihen, seit Jahren arbeitet er u. a. als sachkundiger Einwohner im Planungsausschuss mit!

Unser Dank geht auch an Franziska Godau!

Franziska hat sich zwar aus Halle aus familiären und beruflichen Gründen verabschieden müssen, aber sie engagiert sich auch weiter für unsere Partei! Sie ist in Leipzig für die Kommunalwahlen nominiert!

Ohne größere Diskussion wurde im Stadtrat der Energiebericht 2007 zur Kenntnis genommen. Der Antrag zur Prüfung der Folgen des Klimawandels für die Stadt Halle (Saale) wurde dagegen abgelehnt. Einige Diskussionen gab es zur Satzung der Benutzung von Sporteinrichtungen der Stadt Halle (Saale) (Sportstättenbenutzungssatzung). Mit dieser nun beschlossenen Satzung wird geregelt, dass Sportvereine unentgeltlich die Sporteinrichtungen der Stadt für ihre sportlichen Aktivitäten nutzen können. Bislang haben sie ein geringes Entgelt für Betriebskosten entrichten müssen. Diese „neue“ Satzung lehnt sich an die „Verordnung zur Sicherung und Nutzung von Sporteinrichtungen, im öffentlichen Eigentum...“ an. Mit dieser Satzung wurden auch die Schwerpunktsportarten für den Leistungs- und Spitzensport für die Stadt Halle benannt. Diese sind:

Kanu-Rennsport, Rudern, Behindertensport, Boxen, Judo, Kanu-Slalom, Leichtathletik (Wurf, Stoß, Lauf, Zehnkampf), Schwimmen, Turnen (männlich), Wasserspringen, Fußball (männlich), Handball (weiblich), Basketball (weiblich), Eishockey. Ein Antrag, dass vorrangig Sportvereine, die im Stadtsportbund organisiert sind, bei der Vergabe der Kapazitäten für die Sporteinrichtungen berücksichtigt werden, scheiterte.

Sportlich ging es weiter.

Der Bebauungsplan Nr. 101.1 - Sportzentrum Böllberger Weg - Satzungsbeschluss - wurde beschlossen. Damit steht dem Bau einer Mehrfachsporthalle mit Gastronomiebetrieb am Böllberger Weg nichts mehr im Wege.

Dagegen fand der „Bebauungsplan Nr. 130 - Polstermöbelfachmarkt und Lebensmittelmarkt Halle-Neustadt am Zollrain 1 und 3“ keine Mehrheit. Auch unsere Fraktion hatte sich gegen den geplanten Markt positioniert. Wir favorisieren die Position, die Nahversorgung im Zentrum Halle-Neustadts zu stärken, eingebettet in die Umbaumaßnahmen des Halle-Neustädter-Zentrums - werden diese Einrichtungen von den EinwohnerInnen in Halle angenommen.

Sehr ausführlich wurden unter dem Punkt „Mitteilungen“ die Planungen für den Umbau des Kurt-Wabbel-Stadions vorgestellt. Eine Entscheidung darüber soll in der Sitzung des Stadtrates im April erfolgen. Nach dem Konzept der Verwaltung sollen die Zuschauer-

ränge überdacht werden. Damit kann, so die Verwaltung, ein höherer Lärmschutz realisiert werden. Konzipiert ist das Stadion jetzt für 15.000 Zuschauer. Im Umfeld des Stadions sollen 1.200 Parkplätze entstehen, u. a. auch auf den Flächen des „Gesundbrunnen-Bades“. Nach der derzeitigen Planung geht die Verwaltung davon aus, dass die 17,5 Millionen Euro, die für den Bau eingestellt sind, ausreichen! Für das Fußballstadion in Halle-Neustadt, welches als Ausweichort für den HFC während der Renovierung des Kurt-Wabbel-Stadions dienen soll, sollen 2,4 Millionen Euro eingesetzt werden. Am 14. April werden verschiedene Ausschüsse sich mit diesen Projekten in einer gemeinsamen Beratung befassen. Auch wir haben noch einige Fragen, ehe wir den Projekten zustimmen können. Eine grundsätzliche mehrheitliche Zustimmung für die Sanierung des Kurt-Wabbel-Stadions gab es auch aus unserer Fraktion.

Der Antrag unserer Fraktion zum Konjunkturprogramm II wurde in alle Ausschüsse verwiesen. Damit wird in jedem Ausschuss darüber beraten, welche Prioritäten die Anmeldung für Projekte, die mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II bezahlt werden sollen, bestimmen.

Die Entscheidung zur Eissporthalle steht noch aus. Eine angekündigte Dringlichkeitsvorlage wurde seitens der Verwaltung zurückgezogen. Wir gehen von einer Entscheidung in der Stadtratssitzung April aus. Ute Haupt, Stadträtin

## Gemeinsam...

Fortsetzung von Seite 1

Es soll dafür Sorge tragen, dass nicht die Beschäftigten, Arbeitslosen sowie Renterinnen und Rentner die Kosten dieser Krise tragen, sondern jene, die sie verursacht haben. ... Und es geht darum, die Abstände zwischen den Ärmsten und den Reichsten in dieser eigentlich so reichen Gesellschaft wieder zu verringern, statt sie weiter zu



vergrößern! Wir wollen mit unserem Antikrisenprogramm (ist ein „Schutzschirm für Menschen“ echte paritätische Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten an den Unternehmen erreichen. Wir wollen Arbeitsplätze in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen erhalten und schaffen. Es soll ein demokratisch kontrollierter Zukunftsfonds mit einem Umfang von 100 Mrd. • geschaffen werden. Unternehmen sollen mit Krediten und Beteiligungen bei Umstellung von Produktion und Produkten auf energieeffiziente und rohstoffsparende Basis unterstützt werden. Dazu zählt dann auch eine entsprechende Beschäftigtenqualifizierung und Beschäftigungssicherung. Im Öffentlichen Dienst wie Familienfürsorge, Kinderbetreu-

ung, Altenpflege, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und Kultur sollen 1 Mio. unbefristete und tarifgerecht entlohnte Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Die soziale Dienstleistungslücke soll endlich wieder geschlossen werden.

Wir wollen in unserem Antrag an den Bundestag des Weiteren den Bezug des ALG I verlängern, das Arbeitslosengeld II auf 435 • anheben, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 •/h wie in Frankreich einführen, die wöchentliche Arbeitszeit verkürzen, Kurzarbeitergeld auf 80 % vom letzten Lohn erhöhen und die Bezugsfrist auf max. 24 Monate anheben und wir wollen die Altersteilzeit fördern.

Zur gerechteren Lastenverteilung der

Krise fordern wir eine einmalige Millionärsabgabe von 5% auf die Vermögen, die eine Mio. • übersteigen. Besserverdienende und Vermögende müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

Wir haben darüber hinaus längst Vorschläge zu einer gerechteren Umverteilung der Steuerlasten im Bundestag eingebracht. Die Mehreinnahmen würden nach unseren Berechnungen bis zu 160 Mrd. • betragen.

Von den anderen Parteien sind folgende Kandidaturen bekannt: Johannes Krause (SPD), Cornelia Pieper (FDP) und Christoph Bergner. Auch zu ihren Mitbewerbern nahm Petra Sitte Stellung: „Im Übrigen haben alle Verbände, die sich dem Schutz von Kindern verschrieben haben, ganz klar gesagt,

dass mit Hartz IV auf einen Schlag 500.000 Kinder unter die Armutsgrenze fallen. Zu den SozialdemokratInnen, die dennoch die Hand gehoben haben, gehörte auch Frau Christel Riemann-Hanewinkel, die Bundestagsabgeordnete der SPD Halle. - Es ist mir nicht gleich, wie der hiesige DGB-Regionalvorsitzende als Abgeordneter im politischen Alltag des Bundestages handelt. Schließlich hat er einmal die Hartz IV-Proteste in Halle tatkräftig unterstützt. Und der DGB, also sein Arbeitgeber, hat Anfang März einen spannenden und sehr lehrreichen Bericht zur gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Lage in Deutschland vorgelegt. Wer diesen ernstnimmt, muss sich auch kritisch mit der SPD-Politik auseinandersetzen. Oft genug erleben wir nämlich, dass man in Berlin die Hand gehoben hat und dann in seinen Wahlkreisen als Widerständler aufersteht. So hatte das Marx mit der Entfremdung der Arbeit ganz sicher nicht gemeint... Dass ich Frau Pieper von der FDP nur selten bis gar nicht an sozialen Brennpunkten in Halle erlebe, wundert mich nicht wirklich. Das ist eher logische Konsequenz aus FDP-Positionen. Es ist halt nicht ihre Wählerschaft. Und mehr muss ich dazu nicht sagen.“

Das Wahlergebnis zeigte, die Mitglieder unserer Partei stehen hinter Petra Sitte, mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde sie zu als Kandidatin gewählt.

„Und jetzt will ich den Wahlkreis auch gewinnen“ fügte Petra Sitte an, als sie gefragt wurde, ob sie die Wahl annehme. DIE LINKE in Halle und im Saalekreis wird sie dabei nach allen Kräften unterstützen.



Angelika Klein

## Nachtragshaushalt und Konjunkturprogramm

Am 19. März 2009 war es soweit: die Landesregierung brachte den Nachtragshaushalt mit den Eckdaten der Konjunkturprogramme I und II in den Landtag ein.

Doch der große Wurf ist der Landesregierung damit nicht gelungen. Das war auch nicht gewollt.

Die Landesregierung ist weder bereit, den Kommunen eine kommunale Investitionspauschale zur Verfügung zu stellen, die diesen Namen verdient, noch ist sie bereit, den kommunalen Anteil der Kofinanzierung zu übernehmen.

Trotz Steuerausfällen in Höhe von 390 Mio. • ist der Landesregierung das Kunststück gelungen, einen ausgeglichenen Nachtragshaushalt vorzulegen. Zugute kommen ihr dabei einmalige Erstattungen der EU in Höhe von 248 Mio. •, 25 Mio. • aus dem SED-Vermögen, von denen nur 4 Millionen im Nachtragshaushalt als Ausgabe vorgesehen sind, der Verzicht auf die ursprünglich beabsichtigte Tilgung der Kredite in Höhe von 25 Mio. • sowie 7,6 Mio. • von den Kommunen nach Verrechnung des Finanzausgleichs 2008. Außerdem will die Landesregierung trotz neuem Tarifvertrag 20 Mio. • beim Personal sparen. 104 Mio. • sollen weniger an Zinsen ausgegeben werden. Da der Nachtragshaushalt aber neben den Geldern aus dem Konjunkturprogramm auch noch eine ganze Menge andere Positionen beinhaltet, wie die 16 Mio. • für die Kinderbetreuung, die bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes einfach vergessen wurden, wird deutlich, dass die Landesregierung immer noch die Augen zu macht und hofft, die Krise - inzwischen geht die Bundesregierung von einer Reduzierung des Bruttoinlandprodukts von über zwei Prozent aus - geht an Sachsen-Anhalt vorbei.

Die Fraktion DIE LINKE hat das verhaltene Vorgehen der Landesregierung nach dem Motto „, wasch mich, aber mach mich nicht nass“ auf jeder Landtags-sitzung in diesem Jahr kritisiert. Sie hat ein eigenes Konjunkturprogramm mit Vorschlägen vorgelegt, die die Situation konkret in unserem Land betreffen. Ein Vorschlag wurde nun endlich von der Landesregierung aufgegriffen. Ab August 2009 soll die Schülerbeförderung für die SchülerInnen der Klassen 11

und 12 und in der Berufsausbildung kostenfrei sein. Allerdings muss hier spätestens im Mai eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht werden und das könnte sich als schwierig erweisen, denn mehrere Ministerien müssen miteinander reden. Die Landesregierung könnte allerdings auf den Antrag DER LINKEN zurückgreifen, den die Fraktion in der Debatte um den Doppelhaushalt 2008/09 eingebracht hatte.

Die Landesregierung wird überwiegend dort investieren, wo schon immer investiert worden ist, in Straßen und Gebäude und noch ein bisschen in die Verbesserung der Breitbandanschlüsse im ländlichen Raum. Das ist ja nicht ganz verkehrt, denn die Schulen in unserem Land und auch viele Kitas haben einen Investitionsschub dringend notwendig. Viele Straßen müssen nach dem Winter wieder in Ordnung gebracht werden.

Doch die Landesregierung behält es sich vor zu entscheiden, wo investiert wird. Die Kommunen erhalten insgesamt lediglich eine kommunale Investitionspauschale in Höhe von 25 Mio. •. Aber selbst diese ist zu 65 % an schulische Infrastruktur gebunden und zu 35 % an kommunale Infrastruktur ohne Straßenbau und ÖPNV. Aber diese sollen sie mit 12,5 % gegenfinanzieren. Das mag auf den ersten Blick nicht viel erscheinen. Doch die Mehrheit der Kommunen, die Schulträger ist, befindet sich in der Haushaltskonsolidierung. Sie müssen in diesem Jahr 22 Mio. • und auch im nächsten Jahr 22 Mio. • aufbringen. Und das wird schwer. Deshalb hat die Landesregierung im Nachtragshaushalt vorsichtshalber 3,5 Mio. • für die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite für die Kommunen bereitgestellt. Auch so spart das Land Geld. Eine Übernahme des kommunalen Anteils so wie von den LINKEN gefordert, hätte dem Land rund 37 Mio. • gekostet. Es wäre angesichts der Finanzsituation der Kommunen ein echter Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und zum Abfedern der Krise.

Die Landesregierung vollzieht mit ihrem zögerlichen Herangehen an die Krise das, was der Bund vornimmt. Neue Konzepte, die zu Beginn der Krise angekündigt wurden, fehlen.

Wo bleiben die Investitionen, die die Situationen in Kindergärten, Schulen, Alters- und Pflegeheimen grundsätzlich verbessern könnten? Investitionen in die

## Instrument Antikommunismus - Sonderfall Bundesrepublik -



Jan Korte, Jg. 1977, Politikwissenschaftler M.A., ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages

Anfang März ist ein neues Buch von Jan Korte erschienen. Thema von „Instrument Antikommunismus“ ist unter anderem die Verbindung zwischen Antikommunismus und dem Um-

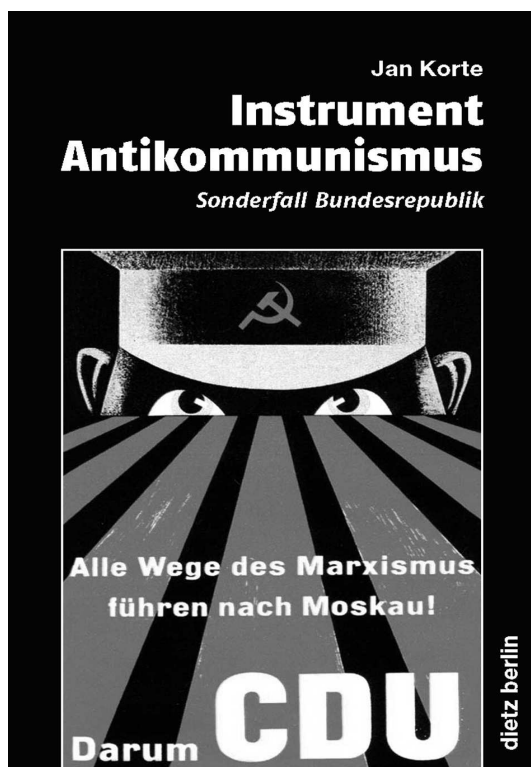
gang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik von 1949 bis heute.

Der Band bietet eine historisch-politische Darstellung von Inhalt, Form und Gehalt des Antikommunismus in Deutschland. Ausgehend von einem persönlichen Schicksal - Walter Timpe -, wird dargestellt, wie sich der Antikommunismus entwickelte.

Im zweiten Teil des Buches geht es um den Antikommunismus nach 1945 als integralen Bestandteil der bundesdeutschen Nachkriegsideologie. Hierzu wird ein Überblick über die Rückkehr der alten NS-Eliten in Staat und Gesellschaft gegeben, der wiederum dezidiert antikommunistisch begründet wurde. Schlüsselfigur dabei: Konrad Adenauer.

Im Buch werden daher wichtige Reden, Aufsätze und die Erinnerungen Adenauers untersucht. Zur Untermauerung werden außerdem die Kabinettsprotokolle der ersten beiden Regierungen Adenauers ausgewertet, die teils skurrile, teils unglaubliche Vorgänge zum Thema Antikommunismus liefern. Außerdem findet sich eine Übersicht über die Debatten bis zum heutigen Tag. Dabei wird unterstrichen, dass eine Kritik des Antikommunismus nur von einem antistalinistischen Standpunkt aus betrieben werden kann. Linksdogmatische Positionen werden mit konservativ-antikommunistischen verglichen.

Den Abschluss des Buches bildet eine Auseinandersetzung mit rückwärtsgewandter Kritik am Antikommunismus, die die wahren Momente im Antikommunismus - der ihn u.a. so wirksam gemacht hat - nicht beachtet.



Köpfe fehlen. Es wird nicht mehr LehrerInnen, mehr ErzieherInnen, mehr Schulpsychologen und auch nicht mehr Polizisten geben. Neueinstellungen sollen erst dann kommen, wenn es vielleicht kaum noch junge Menschen gibt, die hier in Sachsen-Anhalt zu Hause.

Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb in den Haushaltsdebatten vorgezogene siebenhundert Neueinstellungen, damit z.B. nicht nur die baulichen Hüllen der Schulen schöner werden, sondern damit die Kinder auch noch in fünf Jahren genügend LehrerInnen haben.

Wir werden unseren Änderungsantrag, dessen Kosten sich in diesem Jahr auf 60 Mio. • belaufen und damit befinden wir uns weit unter den Kosten, denen die Landesregierung im Rahmen der Konjunkturprogramme als Einnahmeausfälle zugestimmt hat, in den Beratungen thematisieren. Wir wollen wenigstens im Ansatz einen eigenen Beitrag der Landespolitik in der Krise leisten, der die Situation etwas zukunftstauglicher und etwas sozial gerechter gestalten kann.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail info@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - täglich  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
02.04.2009  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 16.04.2009

## Fraktion DIE LINKE:

### Kostenentlastung bei der Schülerbeförderung noch in weiter Ferne



*Matthias Höhn* und Landesvorsitzender seiner Partei: „Die Diskussion über die zukünftige Finanzierung der Schülerbeförderung für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II offenbart heute die Konzeptionslosigkeit der Koalition. Mit Erstaunen musste DIE LINKE zur Kenntnis nehmen, dass aus den Reihe der Koalition Kritik laut wurde an der geplanten Anhebung der Mittel. Verlangt wurde die Vorlage einer rechtlichen Ausge-

staltung. Offensichtlich gibt es bisher keine hinreichende Verständigung innerhalb der Koalition bzw. zwischen den Regierungsfractionen und der Landesregierung über das eigentliche politische Ziel. Mit der bloßen Einstellung der Mittel in den Haushalt ist es längst nicht getan. Es bedarf klarer gesetzlicher Vorgaben für die Landkreise als Träger. DIE LINKE hatte in den vergangenen Jahren mehrfach eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beantragt - stets erfolglos.

Damit ist leider klar: Von einer spürbaren Entlastung der betroffenen Schülerinnen und Schüler ist das Land noch weit entfernt - zweifellos ein verheerendes Signal. Seit Jahren wird im Landtag über dieses Thema gestritten, bis heute ist die Koalition nicht in der Lage, eine überzeugende Antwort zu liefern.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer sofortigen Realisierung der Kostenfreiheit der Schülerbeförderung für alle!“

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer sofortigen Realisierung der Kostenfreiheit der Schülerbeförderung für alle!“

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer sofortigen Realisierung der Kostenfreiheit der Schülerbeförderung für alle!“

## Aktuelle Diskussion zur Finanzkrise!

**Am Donnerstag, dem 16. April 2009, 19:00 Uhr** bieten attac Halle und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt in der **Freiwilligenagentur Halle, Leipziger Straße 37** - Eingang über Martinstraße, die Möglichkeit zur Diskussion über ein interessantes Thema:

**„Beeinflusst die Wirtschaftskrise die Attraktivität von börsennotierten Immobilienaktiengesellschaften (REITs) und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge aus Sicht privater Investoren?“**

Für das Impulsreferat und die anschließende Diskussion konnten wir Guido Henke gewinnen.

Guido Henke ist Landtagsabgeordneter für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.

Er ist u.a. Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, Mitglied im Finanzausschuss und Sprecher der Fraktion für Stadtumbau und Wohnungspolitik.

Als Hauptgeschäftsführer des Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt erwarb er intime Kenntnisse von REITs, deren Hauptgeschäftsfelder die Finanzierung, der Besitz und die Verwaltung von Immobilien sind. In seinem Impulsreferat und der anschließenden Diskussion geht es um verschiedene Fragen und Probleme:

Wie funktionieren Real Estate Investment Trusts?

Welchen Anteil haben REITs an der Verursachung der gegenwärtigen Krise?

Wie beurteilen wir die Lernfähigkeit solcher institutionellen Kapitalanleger?

Welche Möglichkeiten zur Regulierung dieser Gesellschaften gibt es?

Wie verhindern wir ein „Weiter so!“

Interessierte Genossinnen und Genossen sind hiermit recht herzlich eingeladen.

Wolfgang Geuitjes

## EINLADUNG

Der Landesvorstand, die Kreisvorstände Burgenladkreis und Saalekreis sowie der Stadtvorstand Halle laden alle Mitglieder unserer Partei herzlich zur Regionalkonferenz ein.

Die **Regionalkonferenz Südliches Sachsen-Anhalt** findet statt  
am **Samstag, dem 18. April 2009**, um **10.00 Uhr**,  
in **Weißenfels, Kulturhaus**, Merseburger Straße 14.

Die Regionalkonferenzen sollen letzte Weichen für die vor uns liegenden Wahlkämpfe stellen. Durch den Landesvorstand sowie die DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl Eurer Region werden unsere inhaltlichen Schwerpunkte in der kommenden Wahlauseinandersetzung dargestellt. Dazu soll auch Raum zur Diskussion gegeben werden.

**Der Stadtvorstand DIE LINKE Halle bittet die Mitglieder des Stadtverbandes um rege Teilnahme.**

Nele Hirsch, Petra Sitte

### Unwürdiges Gefeilsche auf dem Rücken der jungen Generation

„Für Bildung und Forschung ist anscheinend jeder Euro zuviel, während man für marode Banken und den Neuwagenkauf immer neue Milliarden aus dem Hut zaubert. Hier werden die Zukunftschancen der Gesellschaft verspielt“, kommentiert Petra Sitte, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und forschungspolitische Sprecherin, die Ergebnisse der heutigen Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK).

Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, ergänzt: „Es ist ein Trauerspiel, dass die Fortschreibung des Hochschulpaktes 2020 in der Luft hängt, während die Zahl der Studierwilligen immer neue Rekordhöhen erreicht. Die neuen Studienplätze werden jetzt benötigt“, kritisiert Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, die ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Hirsch weiter: „Wir brauchen einen besser ausgestatteten Hochschulpakt, der die Qualität des Studiums fördert und dauerhafte Stellen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schafft.“

Petra Sitte abschließend: „DIE LINKE fordert, die Exzellenzinitiative nicht zu verlängern. Elitäre Leuchtturmprojekte helfen bei der Bewältigung der vor uns liegenden Probleme gar nichts. Vielmehr gilt es, die Hochschulfinanzierung in der Breite krisenfest zu machen. Zudem ist ein Aufstocken der Gemeinkostenpauschale für DFG-Forschungsprojekte nötig. Die Einwerbung von Drittmitteln darf nicht auf Kosten anderer Aufgaben der Hochschulen, etwa der Lehre, gehen.“



Am 26. März 2009 traf sich der Ortsverband "Clara Zetkin" zu einer öffentlichen Gesamtmittgliederversammlung in der Begegnungsstätte "Zur Fähre".

Vor ca 50 GenossInnen informierte der Stadtvor-sitzende Sven Knöchel über die bis zu den Wahlen anstehenden Aufgaben.

